

Policy Papers on Transnational Economic Law

No. 23

Das 2006 OECD Risk Awareness Tool for Multinational Enterprises in Weak Governance Zones Karsten Nowrot

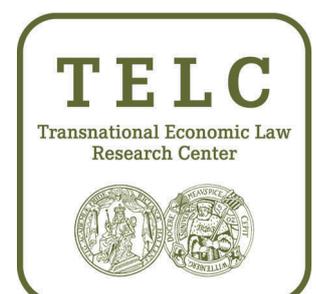
TRANSNATIONAL
ECONOMIC LAW
RESEARCH CENTER

Faculty of Law
Martin-Luther-University
Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
06099 Halle (Saale)
Germany

Tel.: +49 345 / 55 23149
/ 55 23180
Fax: +49 345 / 55 27201

E-Mail: telc@jura.uni-halle.de
www.telc.uni-halle.de

November 2006



Das 2006 OECD Risk Awareness Tool for Multinational Enterprises in Weak Governance Zones

– Potential zur Effektivierung und Konsolidierung der internationalen privatwirtschaftlichen Ordnungsverantwortung

Am 8. Juni 2006 hat der Rat der OECD nach mehrjährigen Vorarbeiten ein *Risk Awareness Tool for Multinational Enterprises in Weak Governance Zones* verabschiedet. Zwar handelt es sich hierbei nicht um die einzige Initiative dieser Art. Vielmehr sind in jüngerer Zeit eine größere Anzahl von Richtlinien entwickelt worden, welche allgemein oder zumindest sektoral bezogen das Verhalten ausländischer Investoren in Konfliktregionen zum Gegenstand haben. Gleichwohl erscheint eine eingehendere Betrachtung gerade dieses neuen Steuerungsmechanismus angezeigt. Wie im Folgenden näher darzulegen sein wird, verfügt das OECD Tool nämlich aus vielerlei Gründen über ein erhebliches Potential, einen Beitrag zur Effektivierung und Konsolidierung der internationalen privatwirtschaftlichen Ordnungsverantwortung in Staaten mit repressiven Regimen oder sonstigen Konfliktzonen und damit einem gegenwärtig besonders wichtigen Bereich der *Corporate Social Responsibility* zu leisten.

Entwicklungsgeschichte des OECD Tool

Die Thematik der mit der Tätigkeit ausländischer Investoren in *weak governance zones* verbundenen Chancen und Risiken gehört schon seit einiger Zeit zu den Aktivitäten der OECD. So verabschiedeten beispielsweise bereits im April 2001 die für Entwicklung zuständigen Minister der OECD-Mitgliedstaaten im Rahmen einer Sitzung des OECD Development Assistance Committee (DAC) die Erklärung „Helping Prevent Violent Conflict: Orientations for External Partners“ (OECD, DAC Guidelines, 13 ff.), welche das Potential des privatwirtschaftlichen Sektors in diesem Bereich hervorhebt.

Den eigentlichen Ausgangspunkt für die Entwicklung des OECD Tool bildete eine an das damalige OECD Committee on International Investment and Multinational Enterprises (CIME) gerichtete Aufforderung des Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC), die zum Teil problematischen Aktivitäten transnationaler Unternehmen in Myanmar zu untersuchen. In Reaktion auf diese Anregung beauftragte CIME das Sekretariat der OECD mit der Erstellung eines Berichts, wobei allerdings von einer ausschließlichen Fokussierung auf die Situation in Myanmar abgesehen wurde. Vielmehr sollte er Hintergrundinformationen und eine allgemeine Analyse der mit der Tä

tigkeit transnationaler Unternehmen, insbesondere der rohstofffördernden Industrie, in Konfliktregionen verbundenen Herausforderungen enthalten. Der im Mai 2002 unter dem Titel „Multinational Enterprises in Situations of Violent Conflict and Widespread Human Rights Abuses“ veröffentlichte Report enthielt – in der Sache wenig überraschend – die ambivalente Feststellung, dass „the role of OECD-based multinational enterprises in troubled countries gives grounds for both concern and hope. These countries present particular challenges for corporate responsibility because, unfortunately, there is so little ‘government responsibility’. Governments in these countries are corrupt, violent and largely unconcerned with such functions as law and contract enforcement, regulation, infrastructure development and provision of social services. Multinational enterprises operating in these countries have steered their ways through these risky environments and some appear to have done better jobs of this than others” (OECD, *Multinational Enterprises in Situations of Violent Conflict*, para. 59).

In seine operative Phase trat die Entwicklung des OECD *Tool* nach der Veröffentlichung des Diskussionspapiers „*Conducting Business with Integrity in Weak Governance Zones: OECD Instruments and Examples from the DRC*“ durch das Sekretariat der OECD im Mai 2004. Vor dem Hintergrund der

sich intensivierenden Debatte zu dieser Thematik wurde dem – durch Fusion des CIME mit dem OECD Committee on Capital Movements and Invisible Transactions (CMIT) entstandenen – OECD Investment Committee die Durchführung eines Projektes empfohlen mit dem Ziel „to clarify how companies can avoid contributing to the conditions that predispose a country to violence and how they can make a positive contribution to conflict prevention and to the broader economic development of countries with weak governance“ (OECD, *Conducting Business with Integrity*, para. 6). Diesen Vorschlag aufnehmend initiierte das Investment Committee zwischen September 2004 und April 2005 drei Konsultationen. Über die Veranstaltung einer Expertenanhörung im Dezember 2004 in Paris hinaus wurde – gemeinsam mit New Partnership for African Development (NEPAD), dem United Nations Global Compact und Transparency International – eine Konferenz unter dem Titel „Alliance for Integrity – Government and Business Roles in Enhancing African Standards of Living“ im März 2005 in Addis Ababa durchgeführt. Schließlich erfolgte bis April 2005 ein schriftlicher Konsultationsprozess auf der Basis eines Fragebogens, an der sich sechzehn Institutionen – unter ihnen das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC), die International Association of Oil and Gas Producers sowie International Alert – beteiligten (OECD, Invest-

ments in Weak Governance Zones, 2 ff.).

Auf der Grundlage dieser Konsultationsprozesse und vor dem Hintergrund des im Rahmen des Gipfeltreffens der G8 verabschiedeten Gleneagles Communiqué vom 8. Juli 2005, in welchem die Staats- und Regierungschefs ihre Bereitschaft zum Ausdruck brachten „[to] enhance our support for the development of Africa’s capacity to resolve conflicts [...] by: [...] [m]aximising the contribution of local and multinational companies to peace and stability including through [...] developing OECD guidance for companies working in zones of weak governance“, veröffentlichte das OECD Investment Committee im Oktober 2005 den Entwurf eines “OECD Risk Management Tool for Investors in Weak Governance Zones“. Es folgte ein öffentlicher Konsultationsprozess vom 26. Oktober bis 23. November 2005, an dem sich achtundvierzig Institutionen wie unter anderem die ILO, UNCTAD, das IKRK, die International Confederation of Free Trade Unions, die International Chamber of Commerce, der United Nations Global Compact, die Global Reporting Initiative, Human Rights Watch, BIAC, TUAC und die University of Western Ontario, beteiligten (OECD Risk Management Tool – Responses Received, 4 ff.).

Inhalt und Struktur des OECD Tool

Das OECD *Risk Awareness Tool for Multinational Enterprises in Weak Governance Zones* in seiner nunmehr am 8. Juni 2006 vom Rat der OECD verabschiedeten Fassung gliedert sich in neun Abschnitte. Auf eine Einleitung zu den Hintergründen, der Entstehungsgeschichte und der Zwecksetzung des Instruments folgen zunächst sechs Abschnitte, welche sich jeweils mit einem Teilaspekt der Herausforderungen, die mit Aktivitäten von privatwirtschaftlichen Wirkungseinheiten in Konfliktregionen verbundenen sind, befassen. In zwei Anhängen finden sich überdies Begriffsbestimmungen sowie eine Auflistung von einschlägigen Informationsquellen für interessierte und betroffene Unternehmen.

Das Kernstück des OECD *Tool* bildet die Auflistung einer Vielzahl von Fragen, welche sich transnationale Unternehmen im Vorfeld der Tätigkeit von Investitionen in Konfliktregionen beziehungsweise während ihrer Aktivitäten stellen sollten. Diese jeweils durch kurze Erläuterungen eingeleiteten und durch Begriffserklärungen im Anhang I ergänzten „Checklisten“ in Frageform werden in sechs Oberkategorien zusammengefasst, welche jeweils einen Themenbereich privatwirtschaftlicher Investitionsaktivitäten in Staaten mit repressiven Regimen oder sonstigen Konfliktzonen und den sich hieraus potentiell erge-

benden Problemstellungen für Unternehmen zum Gegenstand haben. Im Einzelnen handelt es sich zunächst um die unter dem Titel „Obeying the Law and Observing International Instruments“ zusammengefassten Herausforderungen in Bezug auf die Beachtung menschenrechtlicher Standards – unter anderem im Zusammenhang mit der Beschäftigung privater Sicherheitskräfte – sowie die Verhinderung von Korruption und Geldwäsche. Einen weiteren Aspekt bilden – unter dem Stichwort „Heightened Managerial Care“ – die erhöhten Anforderungen an die Ausgestaltung der Leitungs- und Überwachungsstrukturen innerhalb von Unternehmen, welche sich aus der Tätigkeit in Konfliktregionen ergeben. Überdies geht das OECD *Tool* im Rahmen der Themenbereiche „Political Activities“ und „Knowing Clients and Business Partners“ zunächst auf die Problematik ein, dass Unternehmen in diesem schwierigen Umfeld „often find it necessary to forge political alliances with high level governmental and political figures in order to protect their investments from heightened threats of direct or indirect expropriation“. In diesem Zusammenhang wird weiterhin hervorgehoben, dass diese Wirkungseinheiten auch einer deutlich erhöhten Gefahr ausgesetzt sind, problematische Beziehungen zu Wirtschaftspartnern, Kunden und neuen Mitarbeitern mit kriminellem Hintergrund zu unterhalten (OECD Risk Awareness Tool, 25 ff.). Außerdem wird unter der Überschrift

„Speaking out about Wrongdoing“ angeregt, über bestehende oder potentielle Kommunikationswege auf den nationalen oder der internationalen Ebene – aber auch die hiermit verbundenen Risiken – nachzudenken, um Informationen über Missstände wie beispielsweise die Verletzung von Menschenrechten und Korruption weiterzugeben. Ferner wird in diesem Zusammenhang unter anderem die Frage aufgeworfen, ob „[if] a company envisages making an investment that is likely to put it in a position of frequently knowing of and having to remain silent about serious wrongdoing that is directly or indirectly related to its presence in the country, has it considered associated risks (e.g., the legal implications of complicity in wrongdoing, damage to its reputation and to its internal business culture)?“ (OECD Risk Awareness Tool, 29).

Schließlich behandelt das OECD *Tool* die facettenreiche Problematik, ob überhaupt und wenn ja auf welche Weise ausländische Investoren über den Aspekt ökonomischer Entwicklung hinaus auch einen Beitrag zu institutionellen und damit politischen Reformen in Gastländern mit unzureichend ausgeprägten Regierungs- und Verwaltungsstrukturen leisten können und sollten. Schon diese Fragestellung verdeutlicht einmal mehr den in jüngerer Zeit zu verzeichnenden grundlegenden Wandel in der Wahrnehmung des Potentials transnationaler Unternehmen durch Staaten und interna-

tionale Organisationen. Während die Anfang der 1970er Jahre einsetzenden Bestrebungen zur Errichtung einer so genannten „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ in zentraler Weise auf eine Verminderung der politischen Machtstellung ausländischer Investoren abzielten, wird insbesondere seit Beginn der 1990er Jahre gerade auch das positive Potential transnationaler Unternehmen im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den entsprechenden Gastländern hervorgehoben. Zwar ist die mögliche Rolle, welche ausländische private Wirtschaftseinheiten in diesem Prozess einnehmen können, weiterhin hoch umstritten. Dieser Befund findet auch im *OECD Tool* seinen Niederschlag, welches überdies ausdrücklich betont, dass „host country actors – including citizens, politicians and civil servants – have the primary responsibility for reforming institutions in weak governance zones“. Gleichwohl wird im Rahmen dieses Abschnitts auch angeregt, dass transnationale Unternehmen als „important members of weak governance host societies“ ihren teilweise erheblichen Einfluss auf politische Akteure in dem Sinne positive nutzen sollten, dass sie nicht nur vorteilhafte Konditionen in Bezug auf ihre Investitionen erlangen, sondern auch zur Beendigung von Konflikten und politischen Reformen beitragen. Eine effektive Verwirklichungsform – so das *OECD Tool* – stellt hierbei insbesondere die Intensivierung von Kontakten und Bildung von Partnerschaf-

ten mit örtlichen Gemeinschaften, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und NGOs im Gastland dar (*OECD Risk Awareness Tool*, 31 ff.).

Gerade dieser letztgenannte, mit „Business Roles in Weak Governance Societies – A Broadened View of Self Interest“ überschriebene Abschnitt verdeutlicht, dass dem *OECD Tool* ein übergreifendes, freiheitszentriertes Verständnis von Entwicklungsprozessen zu Grunde liegt (vgl. hierzu *The UN Human Rights Council*, 7 ff.), wie es unter anderem in pointierter Weise von dem Nobelpreisträger *Amartya Sen* vertreten wird, und sich die entsprechenden Verhaltenserwartungen an transnationale Unternehmen – auch in ihrem langfristigen Interesse – gerade in Konfliktregionen nicht allein auf die eigene Beachtung internationaler Menschenrechts-, Arbeits- und Sozial- sowie Umweltstandards beschränken. Die von der OECD gewählte strukturelle Ausgestaltung des *Tool* als Sammlung von Prüflisten in Form von Einzelfragen mit einleitenden Erklärungen selbst stellt dabei keinen neuen Steuerungsansatz dar. So weist unter anderem schon der *Global Compact Business Guide for Conflict Impact Assessment and Risk Management* vom Juni 2002 in Teilen eine vergleichbare Struktur auf. Darüber hinaus findet dieser Typus von Verhaltensempfehlungen gerade im Rahmen der OECD sowie hier wiederum insbesondere in Bezug auf die Thematik ausländischer Investi-

tionen bereits seit längerem in vielfältiger Weise Anwendung. Beispielfähig sei in diesem Zusammenhang nur auf das am 11. Mai 2006 vom Rat der OECD verabschiedete „Policy Framework for Investment“, welches ebenfalls als „tool, providing a checklist of important policy issues for consideration by any government interested in creating an environment that is attractive to all investors and in enhancing the development benefits of investment to society“ in Gestalt einer Vielzahl von einzelnen Fragen nebst Erläuterungen formuliert ist (OECD, Policy Framework for Investment, 7).

Das Potential des OECD Tool ...

Zwar ist unbestritten, dass transnationale Unternehmen allein schon durch ihre auf Gewinnerzielung ausgerichteten ökonomischen Aktivitäten einen maßgeblichen Beitrag zur globalen Wohlfahrtsförderung leisten. Gleichwohl ist heute weitgehend anerkannt, dass insbesondere vor dem Hintergrund der in Folge der Prozesse der Globalisierung allgemein verminderten Steuerfähigkeit der Staaten diesen wirkungsmächtigen nichtstaatlichen Akteuren auch in wachsendem Umfang eine internationale Ordnungsverantwortung für die Verwirklichung weiterer Gemeinwohlbelange wie dem Schutz der Menschenrechte und der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Aufbau von *good governance*-Strukturen sowie der Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards zukommt. Dies gilt

vor dem Hintergrund der offensichtlichen „negative symbiosis between weak governance and the worst corporate human rights abuses“ (vgl. *Ruggie's Remarks at the National Roundtable on CSR in Montreal on 14 November 2006*, 6) in besondere Weise für die Tätigkeit von Unternehmen in Konfliktregionen und findet – wie gerade die Konsultationsprozesse im Vorfeld der Entwicklung des OECD Tool erneut gezeigt haben – auch im Grundsatz die Zustimmung des privatwirtschaftlichen Sektors (vgl. auch u.a. *Human Rights Policies*, 2 ff.; *IOE, Role of Business*, 3 ff.).

Den vorherrschenden und zurzeit wohl allein konsensfähigen Steuerungsansatz für die Einbindung transnationaler Unternehmen in die globalen Prozesse der Gemeinwohlverwirklichung bildet bekanntermaßen das Konzept der *Corporate Social Responsibility* (CSR). Dieses sieht sich jedoch gegenwärtig zwei zentralen Herausforderungen – Effektivierung und Konsolidierung – ausgesetzt, welche beispielsweise vom UN Special Representative on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations, *John G. Ruggie*, in seiner Stellungnahme vor dem Human Rights Council am 25. September 2006 in prägnanter Weise zum Ausdruck gebracht worden sind: „My bottom line is that the last thing victims need is more unenforced declarations; they need effective action.“ (UN, *Opening Statement*, 2). Im Lichte dieser beiden Herausforderungen soll daher

auch das Potential des neuen OECD *Tool* einer ersten Evaluation unterzogen werden soll.

... zur Effektivierung der CSR

Die Möglichkeiten einer Effektivierung der CSR gehört zu den bereits seit längerem intensiv und kontrovers diskutierten Problembereichen dieses zumindest nicht im engeren Sinne rechtsnormativen Ansatzes der Verhaltenssteuerung von Unternehmen (vgl. u.a. UN, Interim Report, para. 53). Über die moralisch-ethische beziehungsweise auf Gesichtspunkte der Marktsteuerung konzentrierte Ebene hinaus kommt hierbei in jüngerer Zeit formellen und informellen – natürlich vom rechtlichen Standpunkt her zunächst einmal ebenfalls nur „weichen“ – Implementierungsmechanismen eine wachsende Bedeutung zu. Diese Tendenz spiegelt sich auch im neuen OECD *Tool* wider.

Obleich in seiner Einleitung der nur empfehlende Charakter des OECD *Tool* hervorgehoben wird, findet sich an dieser Stelle interessanterweise bereits ein Hinweis auf einen möglichen Verwirklichungsansatz für die in diesem Instrument enthaltenen Verhaltensanregungen für transnationale Unternehmen. Grundlage hierfür bilden die erstmals am 21. Juni 1976 als Annex zur „Declaration on International Investment and Multinational Enterprises“ verabschiedeten „OECD Guidelines for Multinational Enterprises“, welche – nach einer Rei-

he von einzelnen Ergänzungen und Modifizierungen in den Jahren 1979, 1984 und 1991 – in der teilweise grundlegend geänderten und gegenwärtig gültigen Fassung am 27. Juni 2000 vom Rat der OECD angenommen worden sind (vgl. hierzu The Revised 2000 OECD Guidelines, 2 ff.) und deren Bedeutung gerade jüngst wieder von der OECD ausdrücklich hervorgehoben worden ist (OECD, Open Letter, 1 f.). Unter Bezugnahme auf diesen Verhaltenskodex und seine – ebenfalls im Juni 2000 modifizierten – Implementierungsmechanismen wird im Rahmen der Einleitung ausdrücklich betont, dass „[w]hile the Risk Awareness Tool cannot be used as a basis for bringing specific instances, NCPs [National Contact Points] and interested parties might use it as a complementary source of information and ideas when confronted with the issue of responsible investment in weak governance zones“ (OECD Risk Awareness Tool, 13).

Die Option einer Vernetzung der detaillierten Verhaltensanregungen des OECD *Tool* mit den OECD *Guidelines* und ihren Implementierungsmechanismen ist bis kurz vor Verabschiedung dieses Instruments insbesondere zwischen BIAC einerseits und der sich aus gegenwärtig sechzig NGOs zusammensetzenden Vereinigung „OECD Watch“ andererseits kontrovers diskutiert worden (OECD Watch Newsletter, 9). Die im Grundsatz erfolgte, wenngleich lediglich mittelbare Einbezie-

hung des OECD *Tool* kann zwar ihren Kompromisscharakter nicht verleugnen. Gleichwohl ist hervorzuheben, dass nunmehr die Möglichkeit besteht, die Erläuterungen und Fragenkataloge dieses Instruments zur Interpretation und damit Konkretisierung der in den OECD *Guidelines* enthaltenen Vorgaben heranzuziehen. Damit wird für jede interessierte natürliche oder juristische Person beziehungsweise sonstige Organisation die Option eröffnet, den National Contact Points auf der Basis deutlich spezifizierter Verhaltenserwartungen an die Aktivitäten transnationaler Unternehmen in Konfliktregionen einen Sachverhalt zur Kenntnis zu bringen und um Unterstützung bei der Konfliktlösung zu ersuchen.

Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass das OECD *Tool* aufgrund seiner Einbeziehung in die prinzipiell effektiven und zunehmend erfolgreich genutzten Implementierungsmechanismen der OECD *Guidelines* zweifelsohne das Potential hat, einen Beitrag zur Effektivierung der internationalen privatwirtschaftlichen Ordnungsverantwortung in Staaten mit repressiven Regimen oder sonstigen Konfliktzonen und damit einem gegenwärtig besonders wichtigen Bereich der CSR zu leisten.

... zur Konsolidierung der CSR

Eine zweite und mit dem Aspekt der Effektivierung eng zusammenhängende Herausforderung bildet

die gegenwärtig zu beobachtende Proliferation von CRS-Instrumenten und die bekannten, sich hieraus ergebenden Problemstellungen. Als Antwort auf dieses Phänomen einer „Fragmentierung der CSR“ – welche im Übrigen vergleichbare Entwicklungen in Bezug auf die normative Ordnungsstruktur des internationalen Systems insgesamt widerspiegelt – werden zu Recht gerade in jüngerer Zeit verstärkt Konsolidierungsbemühungen eingefordert (vgl. u.a. *Ruggie's* Remarks at a Forum on CSR in Bamberg on 14 June 2006, 4 f.; BLIHR, Report 3, 1 ff.).

Ob ein Verhaltenssteuerungsinstrument dazu geeignet ist, als Basis für eine Konsolidierung zumindest in einem spezifischen Bereich der CSR zu dienen, hängt dabei entscheidend von dem Grad seiner Akzeptanz auf Seiten aller betroffenen und interessierten Akteursgruppen ab, welche wiederum in zentraler Weise durch die inhaltliche Ausgewogenheit, Praktikabilität in der Umsetzung und Effektivität der Kontrollmechanismen determiniert wird.

Sowohl seine Entwicklungsgeschichte als auch die inhaltliche Ausgestaltung und die gegebenen Implementierungsmöglichkeiten weisen darauf hin, dass das neue OECD *Tool* über ein erhebliches Potential verfügt, zur notwendigen Konsolidierung der CSR im Hinblick auf ausländische Investoren in Konfliktregionen beizutragen. Die umfangreichen Konsultationspro-

zesse während der Ausarbeitung dieses Instruments unter Beteiligung einer Vielzahl staatlicher, über- sowie betroffener und interessierter nichtstaatlicher Akteure haben ersichtlich zu einer ausgewogenen und konsensfähigen inhaltlichen Ausgestaltung des *OECD Tool* geführt. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass diese starke partizipatorische Komponente des Entstehungsprozesses auch die Akzeptanz des neuen Steuerungsmechanismus bei betroffenen privatwirtschaftlichen Akteure und interessierten Vertretern der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften erhöht hat.

Auf Seiten der betroffenen Unternehmen ist überdies zum einen zu berücksichtigen, dass die strukturelle Ausgestaltung des Dokuments als „risk awareness“ und „impact assessment tool“ und damit nicht als Verhaltenskodex im engeren Sinne sowohl den Bedürfnissen und Erwartungen der Privatwirtschaft entgegenkommt, als auch dazu beiträgt, dem vielfach kritisierten Mangel an solchen Unterstützungsinstrumenten abzuhelpfen (vgl. hierzu Interim Report, paras. 76 ff.). Zum anderen sollte im Hinblick auf die erhöhte Akzeptanz des *Tool* auch nicht verkannt werden, dass die OECD selbst schon aufgrund ihrer Mitgliederstruktur und Aktivitäten sowie den der Privatwirtschaft insbesondere durch BIAC gewährten Partizipationsmöglichkeiten bei Unternehmen und Wirtschaftsverbänden seit langem ein ungleich höheres Ansehen und damit Vertrauen genießt,

als andere ebenfalls mit Aspekten der CSR befasste Institutionen.

Gleichzeitig gilt es jedoch hervorzuheben, dass nicht nur in den detaillierten Verhaltensanregungen des *OECD Tool* die berechtigten Erwartungen von NGOs und Gewerkschaften an präzise Vorgaben für die Aktivitäten von Unternehmen in Konfliktregionen ihren Niederschlag gefunden haben. Auch die nunmehr eröffnete Möglichkeit einer Heranziehung des *Tool* als Auslegungs- und Konkretisierungshilfe für die Verhaltensvorgaben der *OECD Guidelines* – welche selbst in vielfältiger Weise auf internationalen Standards aufbauen (vgl. *OECD, Multilateral Influences*, 3 ff.) – dürfte in erheblichem Umfang zur Akzeptanzsteigerung auf Seiten der Zivilgesellschaft und der Arbeitnehmervertreter beitragen.

Zusammenfassend stellt das *OECD Tool* somit nicht nur einen ausgewogenen sowie mit Effektivitätspotential versehenen – und damit uneingeschränkt begrüßenswerten – Ansatz zur Stärkung der internationalen privatwirtschaftlichen Ordnungsverantwortung in Konfliktregionen dar. Vielmehr könnte dieses neue Instrument der Verhaltenssteuerung vor dem Hintergrund seines Potentials in der Tat auch als Ausgangspunkt für eine Konsolidierung der CSR im Hinblick auf den besonders wichtigen Bereich der Aktivitäten von Unternehmen in Staaten mit repressiven Regimen

oder sonstigen Konfliktzonen dienen.

Eine solche Konsolidierung und damit Optimierung auf der Basis praktikabler und effektiver Steuerungsmechanismen ist gegenwärtig mehr denn je dringend geboten; oder wie es *John G. Ruggie* (Remarks at a Forum on CSR in Bamberg on 14 June 2006, 5) jüngst formulierte: „This domain cries out for merger mania. So consolidate. Go beyond five factories in Turkey; the problems are global. And act quickly.“

Ausgewählte Dokumente

- “Alliance for Integrity – Government and Business Roles in Enhancing African Standards of Living”, Addis Ababa, March 7-8, 2005, Summary Conference Report and List of Participants, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/61/3/34615002.pdf.
- Business Leaders Initiative on Human Rights, Report 3: Towards a ‘Common Framework on Business and Human Rights: Identifying Components, June 2006, erhältlich im Internet unter: www.blihr.org/.
- The Gleneagles Communiqué, G8 Summit at Gleneagles Hotel, Perthshire, Scotland, 6-8 July 2005, erhältlich im Internet unter: www.fco.gov.uk/Files/kfile/PostG8_Gleneagles_Communique,0.pdf.
- Human Rights Policies and Management Practices of Fortune Global 500 Firms: Results of a Survey, conducted by John G. Ruggie, September 2006, erhältlich im Internet unter: www.reports-and-materials.org/Ruggie-survey-Fortune-Global-500.pdf.
- The 2006 Interim Report of the UN Special Representative on Human Rights and Transnational Corporations: Break-through or Further Polarization?, Policy

Papers on Transnational Economic Law No. 20, March 2006, by Karsten Nowrot, erhältlich im Internet unter: www.jura.uni-halle.de/telc/policy_papers.html.

- IOE, The Role of Business within Society, Position Paper of the International Organisation of Employers, adopted by the General Council in May 2005, erhältlich im Internet unter: www.ioe-emp.org/fileadmin/user_upload/document_s_pdf/papers/position_papers/english/pos_2005may_rolebusiness.pdf.
- OECD, Open Letter by the OECD Legal Directorate to the UN Special Representative on Human Rights and Transnational Corporations, Professor John G. Ruggie, of 4 October 2006, erhältlich im Internet unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/30/37/37520047.pdf>.
- OECD, OECD Risk Awareness Tool for Multinational Enterprises in Weak Governance Zones, adopted by the OECD Council on 8 June 2006, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/26/21/36885821.pdf.
- OECD Watch, Newsletter, June 2006, erhältlich im Internet unter: www.oecdwatch.org/docs/OW_newsletter_june2006_EN.pdf.
- OECD, Policy Framework for Investment, adopted by the OECD Council on 11 May 2006, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/1/31/36671400.pdf.
- OECD, OECD Risk Management Tool for Investors in Weak Governance Zones – Responses Received in Public Consultation, 23 November 2005, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/59/37/35719130.pdf.
- OECD, OECD Risk Management Tool for Investors in Weak Governance Zones – Draft Text for Public Consultation, October 2005, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/54/42/35562068.pdf.
- OECD, Investment in Weak Governance Zones – Summary of Consultations, September 2005, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/32/45/35397593.pdf.
- OECD, Multilateral Influences on the OECD Guidelines for Multinational En-

- terprises, Working Papers on International Investment, Number 2005/2, September 2005, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/29/40/35666447.pdf.
- OECD, Questions for a Multi-Stakeholder Dialogue on Responsible Investment in Weak Governance Zones, September 2004, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/8/14/34304719.pdf.
 - OECD, Conducting Business with Integrity in Weak Governance Zones: OECD Instruments and Examples from the DRC, May 2004, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/1/3/33760086.pdf.
 - OECD, Multinational Enterprises in Situations of Violent Conflict and Widespread Human Rights Abuses, Working Papers on International Investment, Number 2002/1, May 2002, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/46/31/2757771.pdf.
 - OECD, The DAC Guidelines – Helping Prevent Violent Conflict, 2001, erhältlich im Internet unter: www.oecd.org/dataoecd/15/54/1886146.pdf.
 - Remarks by John G. Ruggie Delivered at the National Roundtable on Corporate Social Responsibility and the Canadian Extractive Industry in Developing Countries in Montreal on 14 November 2006, erhältlich im Internet unter: www.reports-and-materials.org/Ruggie-speech-Canada-National-Roundtable-14-Nov-2006.pdf.
 - Remarks by John G. Ruggie Delivered at a Forum on Corporate Social Responsibility Co-sponsored by the Fair Labor Association and the German Network of Business Ethics in Bamberg/Germany on 14 June 2006, erhältlich im Internet unter: www.reports-and-materials.org/Ruggie-remarks-to-Fair-Labor-Association-and-German-Network-of-Business-Ethics-14-June-2006.pdf.
 - The Revised 2000 OECD Guidelines for Multinational Enterprises – Challenges and Prospects after 4 Years of Implementation, Policy Papers on Transnational Economic Law No. 3/2004, by Alexander Böhmer, erhältlich im Internet unter: www.jura.uni-halle.de/telc/policy_papers.html.
 - UN, Opening Statement to the United Nations Human Rights Council by the Special Representative of the Secretary-General for Business and Human Rights, Professor John G. Ruggie, of 25 September 2006, erhältlich im Internet unter: www.reports-and-materials.org/Ruggie-statement-to-UN-Human-Rights-Council-25-Sep-2006.pdf.
 - UN, Interim Report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, UN Doc. E/CN.4/2006/97 of 22 February 2006, erhältlich im Internet unter: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G06/110/27/PDF/G0611027.pdf?OpenElement>.
 - UN, Global Compact Business Guide for Conflict Impact Assessment and Risk Management, June 2002, erhältlich im Internet unter: [www.union-network.org/uniindex.nsf/f8dff9d20fb56a28c1256bf9002e1d31/c550f48211dccaacc1256c31002013c5/\\$FILE/BusinessGuide.pdf](http://www.union-network.org/uniindex.nsf/f8dff9d20fb56a28c1256bf9002e1d31/c550f48211dccaacc1256c31002013c5/$FILE/BusinessGuide.pdf).
 - The UN Human Rights Council and the Right to Development, Policy Papers on Transnational Economic Law No. 22, May 2006, by Alan Brouder, erhältlich im Internet unter: www.jura.uni-halle.de/telc/policy_papers.html.

Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht (TELC) (Leiter: Prof. Dr. Christian Tietje, LL.M.) der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.